



Antifascismus

- Das Lesen gegen das Vergessen zu einer Erkneraner Tradition machen *Seite 5*
- 80 Jahre nach 1939 *Seite 9*
- 1939–2019, Geschichtliches und Aktuelles *Seite 12*



Aus dem Landtag Brandenburg

- Vier Verfassungsänderungen beschlossen *Seite 8*
- Gesetz zur sozialen Wohnraumförderung sichert mehr bezahlbaren Wohnraum *Seite 8*
- Abschlussbericht der Enquetekommission Ländliche Räume vorgelegt *Seite 8*

Der LINKE Plan um das Klima zu retten und die Wirtschaft umzubauen



DIE LINKE streitet für mutigen Klimaschutz, europaweit. Die Zeit drängt. Die CO₂-Emissionen steigen immer weiter. DIE LINKE wird die EU-Kommission und die Bundesregierung auffordern, den **Klimanotstand** auszurufen: Alle Gesetze und Ausgaben müssen auf Klimaneutralität überprüft werden. Es braucht **Sofortmaßnahmen**, um die drängendsten Probleme anzugehen: Die dreckigsten Kohlekraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden. Wir brauchen ein Klimaschutzgesetz und verbindliche Sektorziele zur Einsparung von CO₂. **Klimagerechtigkeit** muss zum verbindlichen Bezugspunkt, zu einer Rechtsnorm in der EU und den Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten werden.¹ Flüge und Autoverkehr müssen reduziert und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden. Noch ist

es möglich, das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen und damit zu verhindern, dass die Kippunkte im Klimasystem überschritten werden – aber nicht mit der Politik der Bundesregierung oder der EU. Die Regierung verspielt die Zukunft, weil sie nicht den Mut hat, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. **100 Firmen stoßen weltweit 71 Prozent der Treibhausgase aus**, die deutsche RWE ist eine von ihnen. 25 Firmen sind allein für die Hälfte der Treibhausgasemissionen verantwortlich.² Keine Diskussion um Klimapolitik kommt an dieser Zahl vorbei. Der Klimawandel wird auch einen Wandel der Lebensweise brauchen – vordringlich aber ist, diese Konzerne in die Schranken zu weisen. Drastische Maßnahmen sind notwendig. Nicht nur bei der Energie, beim Verkehr, bei der Landwirtschaft: Die Art, wie in unserer Gesellschaft gewirtschaftet und produziert wird, müssen wir vom Kopf auf die Füße stellen. Die Macht der Konzerne ist zentrales Hindernis für Klimagerechtigkeit und Klimaschutz. Die technologischen Möglichkeiten für einen Umbau sind längst da. Es fehlt am Willen und am Mut, sich mit den mächtigen Konzernen anzulegen. Und es fehlt an Konzepten für einen gerechten Übergang. DIE LINKE hat sie:

5 Punkte für LINKEN Klimaschutz

DIE LINKE streitet für mutigen Klimaschutz, europaweit

1. Raus aus der Kohle, saubere Energien fördern

Es höchste Zeit, aus dem schmutzigsten aller Energieträger auszusteigen. Der Kohleausstieg muss europaweit sofort beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut werden. Ihr

Anteil am Verbrauch in der EU muss bis 2030 auf mindestens 45 Prozent ansteigen, bis 2040 auf 100 Prozent. Die Vorgaben für die Wirtschaft zum Energiesparen und die Energieeffizienzrichtlinie müssen verschärft werden. Wir wollen in der EU ein Recht auf erneuerbare Energie festschreiben, die für alle bezahlbar ist.

Fußnoten von Seite 1:

1 vgl. Manifest der GUE/NGL

2 <https://b8f65cb373b1b7b15feb-c70d8ead6ced550b4d987d7c03fcd1d.ssl.cf3.rackcdn.com/cms/reports/documents/000/002/32/original/Carbon-Majors-Report-2017.pdf?1499691240>. Die deutsche RWE belegt Platz 41.

■ **Sofortmaßnahmen:**

Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke in Europa müssen umgehend, spätestens bis 2020, abgeschaltet werden.

Die Steuerprivilegien auf Flugbenzin und Diesel müssen aufgehoben werden. Die Subventionen für den auf fossilen Brennstoffen basierenden Transportsektor müssen im kommenden Finanzrahmen der EU eingefroren werden.

■ **Gerechte Übergänge:**

Der Einstieg in den Kohleausstieg muss europaweit mit Investitionshilfen und einer sozialen Abfederung des Strukturwandels verbunden werden.

Der Kohleausstieg darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die linke Fraktion im Europaparlament, die GUE-NGL, hat hierzu einen Just-Transition-Fonds vorgeschlagen (https://www.guengl.eu/content/uploads/2019/04/Manifesto_Climate_DE.pdf). Die Beschäftigten brauchen Einkommensgarantien. Vor allem muss der Übergang in Arbeitsplätze mit Zukunft organisiert werden: klimaneutrale Mobilität, Zukunftstechnologien, Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Strukturwandel in den Braunkohleregionen in Deutschland muss mit Bundesmitteln unterstützt und sozial abgesichert werden. Und wir setzen uns dafür ein, dass die von der Kohlekommiss-

sion vorgeschlagenen 40 Milliarden Euro für Umbaumaßnahmen eingesetzt werden, die sozial und ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.

2. Energieversorgung – demokratisch und in Bürgerhand, statt Wettbewerb und steigende Preise

Die Macht der Konzerne ist zentrales Hindernis für Klimagerechtigkeit und Klimaschutz. Die Liberalisierung des Energiemarktes hat dazu geführt, dass die Leistungen unterm Strich teurer und qualitativ schlechter wurden und die Gehälter herunter gingen. Rauf gingen hingegen die Renditen der Aktionäre.

■ **Sofortmaßnahmen:**

Die Preise für Strom, Gas und Wasser müssen in allen Mitgliedstaaten der EU durch staatliche Preisaufsichten kontrolliert werden. Europaweit sollen Kommunen an den Erträgen aus Wind und Solarkraft beteiligt werden, die Investoren auf dem Gemeindegebiet erwirtschaften.

■ **Gerechte Übergänge:**

Die großen Energiekonzerne wollen wir vergesellschaften. Energie muss in ganz Europa dezentral, in Bürgerhand und nachhaltig produziert werden. Das müssen die Förderkriterien widerspiegeln: Vorfahrt für Energiegenossenschaften und Stadtwerke.

3. CO₂-Ausstoß reduzieren – sozial gerecht

Je reicher die Menschen, desto größer ihr ökologischer Fußabdruck und höher ihr Energieverbrauch. Klimagerechtigkeit bedeutet auch: Abgaben und Steuern müssen sich am Verbrauch orientieren und dürfen nicht zu Energiearmut und Stromsperrern führen.

■ **Sofortmaßnahmen:**

Die Industrierabatte für Energie müssen entfallen.

■ **Gerechte Übergänge:**

Wir führen sozial gestaffelte Energiepreise ein, die ein Basiskontingent preiswert halten, bei hohem Verbrauch schnell ansteigen.

Nach demselben Prinzip muss eine CO₂-Steuer funktionieren: Sie

kommt als Öko-Bonus Menschen mit geringem Einkommen zugute. Der Zugang zu Energie und Wasser sind soziale Grundrechte – dies muss in der europäischen Gesetzgebung verankert werden.

4. Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

In Europa sterben jedes Jahr etwa 400 000 Menschen vorzeitig durch Feinstaub. In den Innenstädten sorgt mit 61 Prozent hauptsächlich der Verkehr für die Stickstoffdioxid-Belastung, knapp drei Viertel stoßen Diesel-Fahrzeuge aus. Europaweit fehlen Investitionen in den ÖPNV und die Infrastruktur. DIE LINKE will, dass **Mobilität** als essenzielle Dienstleistung zu verstehen ist, auf die jeder und jede in der EU einen **Rechtsanspruch** hat. Das gilt in den ländlichen Gebieten, die durch Privatisierungen und Kürzungsmaßnahmen buchstäblich von der Welt abgeschnitten wurden. Und das gilt für Europas Städte, die unter der Belastung der Autoabgase in die Knie gehen. Die EU muss den Mitgliedstaaten einen Weg zu flächendeckendem kostenfreiem ÖPNV aufzeigen und mit Mitteln aus dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen unterstützen.

■ **Sofortmaßnahme:**

SUVs aus den Innenstädten verbannen und ihre steuerliche Besonderstellung gegenüber Kleinwagen beenden. Wir wollen eine EU-weite Kerosinsteuer und die Mehrwertsteuer auf Flugtickets einführen.

■ **Gerechte Übergänge:**

Statt auf immer mehr Autos setzt DIE LINKE auf den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Unser Ziel: **Europaweit den ÖPNV kostenlos machen.** Wir wollen ein Förderprogramm, bei dem der Nahverkehr verbessert und die Fahrpreise schrittweise auf den Nulltarif gesenkt werden. Ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm durch einen Mix aus bestehenden Förderprogrammen, aus Umwidmung von Geldern, die für Rüstung und PESCO geplant sind, und aus einer höheren Besteuerung von Großkonzernen, großen Vermögen und Spitzeneinkommen in den EU-Staaten.

Ausbaupläne für Schienenverkehr und ÖPNV stoßen immer



Berlin, 21. März 2019: Klimakrise stoppen – Verkehrswende jetzt! Aktion vor der Sitzung der Verkehrskommission: Das Bündnis aus BUND, Campact, Changing Cities, Deutscher Umwelthilfe, Greenpeace, der Klima-Allianz Deutschland, Naturfreunde Deutschland sowie dem ökologischen Verkehrsclub VCD fordert insbesondere in Städten eine klare Fokussierung auf Bus und Bahn sowie den Rad- und Fußverkehr.

Fotos auf Seiten 2 und 3: Uwe Hiksich

wieder an Grenzen: auf dem Weltmarkt sind nicht ausreichend Busse und Bahnen zu erhalten. Hier müssen von der EU Anreize für eine zukunftsfähige **industriepolitische Wirtschaftsstrategie** für die Produktion von kollektiven Verkehrsmitteln und den Aufbau einer entsprechenden Zulieferstruktur geliefert werden. Besonders öffentliche Unternehmen können die Lücken des Marktes füllen. Die nationalen öffentlichen Haushalte dürfen in diesem Fall nicht von der 3 Prozent-Regel zur Neuverschuldung beschränkt werden.

5. Regionale Landwirtschaft

Viel von dem, was wir essen, wird unter schlechten Arbeitsbedingungen produziert und über lange Wege transportiert. Subventionierte Agrarprodukte aus der EU zerstören

Märkte im globalen Süden und belasten die Umwelt überproportional. Wir wollen eine sozial und ökologisch verträgliche nachhaltige Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel produziert. Dabei müssen regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden.

■ **Sofortmaßnahme:**

Subventionen von Agrarkonzernen, die ökologische und arbeitsrechtliche Standards nicht einhalten, werden ausgeschlossen.

■ **Gerechte Übergänge:**

Die Strukturfonds wollen wir so umbauen, dass soziale und ökologische Kriterien verpflichtend für eine Subventionszahlung sind. EU-Landwirtschaftssubventionen dürfen nicht nur auf Grundlage der Flächengröße vergeben werden, wodurch vor allem Agrarkonzerne gefördert werden. Fördermit-



tel darf es nur noch für konkrete gesellschaftliche Leistungen, die Einhaltung anspruchsvoller sozialer, ökologischer und Tierschutzkriterien und einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung geben. Wir wollen EU-Subventionen für regionalen Vertrieb und neue genossenschaftliche Supermarkt-Modelle.

Quelle: DIE LINKE

Im Internet herunterladen unter:
www.die-linke.de/fileadmin/download/themen/klima/2019-05-13_5_punkte_klimaschutz.pdf

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ **Erkner**

Wachstum bis zum bitteren Ende?

Beitrag zur Ökofilmtour 2019 in Erkner entlarvt Kapitalismus als selbst zerstörend

Wie Karl Marx schon wusste, ist Wachstum ein, wenn nicht das Grundprinzip des Kapitalismus. Der 2018 von Regisseur Florian Opitz gedrehte Dokumentarfilm „System Error“ macht auf geradezu beklemmende Art deutlich, wohin das führt. Die Welt steht am Abgrund, vor allem die natürlichen Ressourcen sind am Ende ihrer Nutzbarkeit angelangt. Bremsen, Umdenken, die Lebens- und Arbeitsweise ändern? Nicht mit den Jüngern des weltweiten Turbokapitalismus. Denn sie verhalten sich nicht wie denkende, sondern wie gläubige Menschen. Den Fragen nach dem Sinn und den Folgen ihres Handelns setzen sie Phrasen über die Segnungen des Systems und den Erfindungsgeist der Menschheit entgegen, als ob es Krieg, Elend und Umweltvernichtung nicht gäbe.

Besondere Glaubwürdigkeit gewinnt der Film durch seinen Blickwinkel. Er befragt nämlich nur sehr wenige Kritiker der globalen Vernichtung durch Wachstum, son-

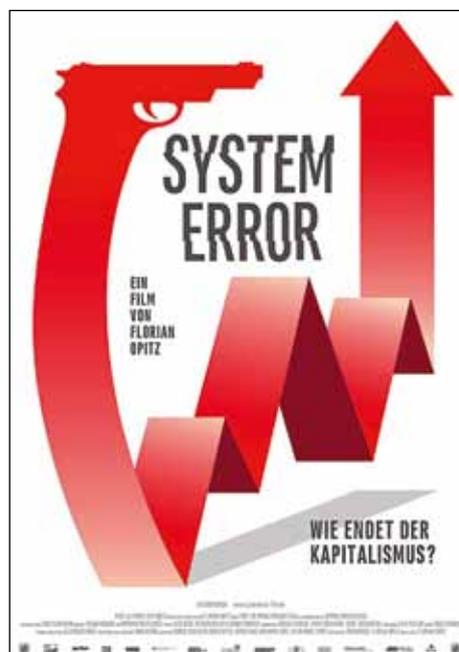
dern vor allem die Nutznießer und begeisterten Akteure des Systems. Ob europäische Finanzstrategen, amerikanische Hedgefondsmanager oder brasilianische Fleischproduzenten, deutsche Autobauer oder chinesische Flugzeugmanager, sie alle erklären mit strahlenden Augen, wie strahlend die Zukunft ist, während sie an ihrer offenkundigen Düsternis arbeiten. Das lässt den Zuschauer schockiert, aber mit viel Erkenntnisgewinn zurück. Kann es sein, dass Kapitalismus gar keine Feinde braucht, weil er sich von selbst vernichtet? Weil kein System über den Raum hinauswachsen kann, der es umgrenzt? Karl Marx hat das zumindest seinerzeit so vorhergesagt.

Im Kino Movieland in Erkner sahen den Film knapp 30 Gäste der diesjährigen Veranstaltungsreihe Ökofilmtour. Organisiert hatten den Filmabend die Mitglieder des Ortsverbandes DIE LINKE. Franziska Schneider, Kandidatin für die Stadtverordnetenversammlung und den Landtag Brandenburg mo-

derierte und stellte sich nach der Vorführung gemeinsam mit Silke Voges, parteilose Spitzenkandidatin der LINKEN, zur Kommunalwahl in Erkner im Foyer zum Publikumsgespräch.

von
Franziska Schneider,
Erkner

Siehe auch: <http://schneider-franziska.de/2019/04/26/wachstum-bis-zum-bitteren-ende/>



■ Schöneiche

Vorfahrt für den Umweltverbund

Für gerechte und saubere Mobilität braucht es mutige Kommunalpolitik



von
Fritz R. Viertel,
Vorsitzender
DIE LINKE Schöneiche bei Berlin und
Landesvorsitzender
des VCD Brandenburg

Der britische Journalist, Wissenschaftler und Aktivist George Monbiot brachte die soziale Frage des 21. Jahrhunderts in einem Gastbeitrag für die Wochenzeitung „der Freitag“ auf den Punkt: „Am Ende läuft die Wahl, die wir haben, auf Folgendes hinaus: Beenden wir das Leben, damit der Kapitalismus weiter fortbestehen kann – oder beenden wir den Kapitalismus, um weiter leben zu können?“ Wenn die Folgen der Klimazerstörung tatsächlich begrenzt werden sollen, muss der CO₂-Ausstoß des Verkehrs in Deutschland bis 2030 um die Hälfte reduziert werden. Ein System, in dem wenige Wohlhabende auf Kosten der Mehrheit der Ärmsten um die Welt jetten und mit dicken SUVs (Sport Utility Vehicle, Geländelimosinen) oder teuren Sportwagen den öffent-

lichen Raum privatisieren, können wir uns nicht mehr leisten.

Stattdessen brauchen wir gerechte und saubere Mobilität für alle. Folgerichtig hat DIE LINKE im Landkreis Oder-Spree Mobilität zu einem Schwerpunkt bei den Kommunalwahlen im vorigen Monat gemacht. Am 9. Mai 2019 luden Kreisverband und Schöneicher Ortsverband zur Veranstaltung „Nächster Halt: Verkehrswende! Gerechte und saubere Mobilität in unserer Region“ ein.

Besuch bei der Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn (SRS)

Seit mehr als einem Jahrhundert sind die Straßenbahnen in Schöneiche/Rüdersdorf und Woltersdorf das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in der Region. Der ÖPNV wiederum spielt als zentrale Säule des Umweltverbunds (gemeinsam mit Rad- und Fußverkehr) eine Schlüsselrolle für die sozial-ökologische Verkehrswende. Ein Besuch der SRS lag deshalb nahe. Bei einer Führung durch die Werkstatt mit anschließender Rundfahrt auf der Linie 88 informierte Betriebsleiter Sebastian Stahl über die Geschichte des Unternehmens, die Modernisierungen in den letzten 20 Jahren und seine Pläne für die Zukunft – darunter die Beschaffung weiterer Fahrzeuge, eine Taktverdichtung auf 10 Minuten im Berufsverkehr oder Anpassungen des Streckenverlaufs am S-Bahnhof Berlin-Friedrichshagen und in Rüdersdorf. Auch die Zukunft der Woltersdorfer Straßenbahn wurde mit besonderem Blick auf die verpflichtende Barrierefreiheit ab 2022 diskutiert. Der Tramverkehr auf der dortigen Linie 87 wird seit Mai 2019 von der SRS GmbH betrieben.

Mut und Ideen sind gefragt

Gerechte und saubere Mobilität gelingt nur mit Mut und Ideen, ausgetretene Pfade zu verlassen. Das wurde im zweiten Teil der Veranstaltung in der Schöneicher Kulturgießerei deutlich. Die Pendelbeziehungen nach Berlin bleiben für Schöneiche und die Nachbargemeinden die größte Herausfor-

derung, wie Prof. Dr.-Ing. Frank Höfler von der BTU Cottbus-Senftenberg erklärte. Denn je länger die Wege, desto eher entscheiden sich Menschen für das Auto. Um mehr Pendelnde vom Umstieg in den ÖPNV und/oder auf's Rad zu überzeugen, ist eine enge Zusammenarbeit in der Region nötig. Gleichzeitig gibt es großes Potenzial, auf innerörtlichen Wegen (bis zu 5 km) vorrangig den Umweltverbund zu nutzen.

Dabei steht der Landkreis Oder-Spree vor einem verkehrspolitischen Spagat. Beigeordnete Gundula Teltewskaja (parteilos, für DIE LINKE) skizzierte die Herausforderung, den hohen Mobilitätsansprüchen im Berliner Umland und zugleich der Gewährleistung einer attraktiven Grundversorgung in dünn besiedelten Gebieten gerecht zu werden.



Um den ÖPNV künftig besser und unabhängiger von wirtschaftlichen Interessen privater Unternehmen organisieren zu können, wird sich DIE LINKE dafür einsetzen, das kreisliche Busverkehrsunternehmen wieder vollständig in kommunale Hand zu übernehmen, ergänzte Dr. Artur Pech als Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag.

Mut erfordern auch die Ideen des ökosozialen Verkehrsclubs Deutschland (VCD), das Straßenbahnnetz in der Region auszubauen. So könnte etwa die Woltersdorfer Straßenbahn künftig bis nach Erkner und Rüdersdorf fahren oder die SRS eine Querverbindung von der S3 (Berlin-Rahnsdorf) über Schöneiche zur S5 (Neuenhagen) schaffen. Der Verband setzt sich dafür ein, das ernsthaft zu prüfen.



Rundfahrt auf der Tramlinie 88 mit der Beigeordneten Gundula Teltewskaja (rechts sitzend), SRS-Betriebsleiter Sebastian Stahl (Mitte, stehend), gefahren von Straßenbahnfahrer Fritz Viertel, Fotos: Christopher Voß

SPD, CDU und GRÜNE beschließen Mieterhöhungsspiegel

In der letzten Sitzung der Schön-eicher Gemeindevertretung vor der Kommunalwahl am 26. Mai haben SPD, CDU und GRÜNE mit knapper Mehrheit einen neuen Mietspiegel beschlossen. Mieter*innen drohen nun in den kommenden Jahren saftige Mieterhöhungen. Der Mieterverein Erkner und Umgebung e.V. erkennt den Mietspiegel nicht an und kritisiert die mangelhafte Datenbasis. Sein Kompromissvorschlag wurde abgelehnt.

Knappe Mehrheit für Mieterhöhung von 27 Prozent

In Schöneiche wohnen rund 40 Prozent aller Haushalte zur Miete. Mit dem neuen Mietspiegel steigt die durchschnittliche Basis-Nettokaltmiete von 6,20 €/qm im Jahr 2016 auf nun 7,88 €/qm. Das entspricht einer Steigerung von 27,1 Prozent! Von diesem Basiswert wird durch Zu- und Abschläge etwa anhand von Alter und Ausstat-

tungsstandard die ortsübliche Vergleichsmiete für die jeweilige Wohnung berechnet. Zum Vergleich: Der ebenfalls im Mai vorgestellte neue Berliner Mietspiegel weist eine Steigerung der durchschnittlichen Nettokaltmieten um 2,5 Prozent auf 6,72 €/qm aus.

Nach intensiver Diskussion stimmte eine knappe Mehrheit von 8 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen in der Gemeindevertretung dem von Bürgermeister Ralf Steinbrück (SPD) vorgelegten Mietspiegel zu. Gegen den Mietspiegel votierten DIE LINKE, NEUES FORUM sowie BBS und UBS. Dafür waren SPD, CDU und GRÜNE.

Mieterverein kritisiert mangelhafte Datenbasis

Der Mieterverein hatte zuvor im Wohnungsausschuss der Gemeindevertretung erklärt, den Mietspiegel nicht anzuerkennen. Als Grund nannte er die mangelhafte Daten-

basis. DIE LINKE hatte bereits vor der Erstellung des Mietspiegels vorgeschlagen, auch die Mieten der umliegenden Gemeinden einzubeziehen. Das war von der Gemeindeverwaltung abgelehnt worden.

Der beschlossene Mietspiegel – der eigentlich Mieterhöhungen begrenzen soll – führt deshalb genau zum Gegenteil. Weil die sogenannte „Mietpreisbremse“ in der Praxis nicht funktioniert und die Gemeinde keine Kontrollmöglichkeiten hat.

Der Vorschlag des Mietervereins, anstelle eines „qualifizierten“ einen „einfachen“ Mietspiegel anzustreben, auf dessen Werte sich Vermieter- und Mietervertreter*innen einigen, wurde ebenfalls abgelehnt. Das hätte zumindest etwas weniger drastische Mietsteigerungen erreichen können. Von der Verwirklichung des Menschenrechts auf Wohnen ist die Gemeinde Schöneiche bei Berlin fortan noch weiter entfernt.



von **Fritz R. Viertel**, Vorsitzender DIE LINKE Schöneiche bei Berlin und ehemaliger Vorsitzender des Wohnungsausschusses der Gemeindevertretung

■ Erkner

Das Lesen gegen das Vergessen zu einer Erkneraner Tradition machen

Am 10. Mai, dem 86. Jahrestag der faschistischen Bücherverbrennung, trafen sich im Erkneraner Rathaus etwa 50 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, um an das damalige Fanal des Staates gegen die unabhängige Intelligenz zu erinnern und ein Zeichen gegen aufkommende rechte Gedanken zu setzen. Im Rahmen der bundesweiten Aktion „Lesen gegen das Vergessen“ war das unsere zweite Veranstaltung nach dem Anfang im vergangenen Jahr. Zwölf Literaturbegeisterte aller Altersgruppen lasen Werke von Autoren, deren Bücher 1933 in die Flammen geworfen wurden. Eingeladen dazu hatten der Ortsvorstand und die Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Ortsverein und die Fraktion der SPD, die CDU-Fraktion, der Bürgermeister Henryk Pilz, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Lothar Eysser und das Gerhart-Hauptmann-Forum Erkner.

Erich Kästner, Émile Zola, Erich Mühsam, Rosa Luxemburg, Heinrich Heine, Bertolt Brecht und Kurt Tucholsky kamen in der guten Stunde zu Wort. Prosa, Gedichte und Briefe wurden vorgetragen. „Wir müssen aus den Ereignissen der Geschichte lernen und den Kampf zwischen den Menschen endlich einstellen. Auch das Wort Wahlkampf gefällt mir nicht. Gemeinsamkeiten sind wichtig“, sagte Erdmute Scheufele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Brechts Gedicht „An meine Landsleute“ vortrug. Brecht gab es auch von Lothar Eysser, der als Stadtverordnetenvorsteher „Die Hoffnung der Welt“ las. Die Lesenden hatten sich aber nicht nur politisch schwere Kost ausgewählt, sondern Ausschnitte aus Heines „Buch der Lieder“, Tucholskys „Danach“ und Kästners „Präludium auf Zimmer

28“ beleuchteten menschliche Beziehungen mit Augenzwinkern.

Höhepunkt und Abschluss bildeten Margit Schmidt und Ralf Schlösser von der Schauspielschule „Drehbühne“ aus Erkner. „Wir kommen nächstes Jahr wieder und bringen unsere jungen Leser mit“, versprach Ralf Schlösser. Auch die Stadtbibliothek Erkner hat schon jetzt versprochen: „2020 lesen wir mit gegen das Vergessen.“ Viele Zuhörer bestätigten den Veranstaltern. „Das war sehr anregend. Wir werden auch in nächsten Jahr wieder dabei sein.“



von **Dr. Elvira Strauß** Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner

Foto: Jürgen Strauß



Aus dem Kreisvorstand Oder-Spree



von
Julia Wiedemann,
Woltersdorf,
Mitglied des Kreis-
vorstandes der
LINKEN in Oder-
Spree

„Das kommt mit auf die To-Do-Liste“

Arbeitsplanung für die ersten Tage nach der Kommunalwahl

Wenn diese Ausgabe des Widerspruchs erscheint, werden die Kommunal- und Europawahlen vorbei sein. Da die Autorin nicht über hellseherische Fähigkeiten verfügt, bleiben die Ergebnisse an dieser Stelle unkommentiert. Doch auch vor den Wahlen ist sichtbar, was uns nach den Wahlen weiter beschäftigen wird.

Wir haben im Kreisverband viele Themen für unser Kreiswahlprogramm diskutiert, die für uns selbstverständlich alle eine Rolle spielen und in der kommenden Legislaturperiode für DIE LINKE im Kreistag zum Arbeitsprogramm gehören werden. Doch wurden in den letzten Wochen der Wahlkampfzeit in der Öffentlichkeit, am Infostand oder in Gesprächen Themen aufgeworfen, die eine besondere Brisanz haben, und die wir LINKE als zentrale Punkte auf unsere To-Do-Liste für die Zeit nach der Wahl nehmen sollten.

Natürlich muss sich zunächst die Kreistagsfraktion konstituieren, müssen Vertreter*innen für die Ausschüsse bestimmt werden usw. Ist mit der Erfüllung der formalen Schritte die Handlungsfähigkeit der neuen Kreistagsfraktion gegeben, empfiehlt sich eine Klausurberatung, auf der die nächsten Themen und Schritte besprochen werden, vielleicht ein erstes 100-Tage-Programm entstehen kann. Auf der Seite des Kreisvorstands gilt es, diese Schritte zu begleiten, Anregungen zu geben und in der inhaltlichen Arbeit, Kreisvorstand und Kreistagsfraktion miteinander zu koordinieren.

Das Themenfeld, das uns immer wieder begegnete, überall: Mobilität.

Der Jugendclub in Beeskow erreicht die Jugendlichen aus den umliegenden Dörfern mit seinen Angeboten am Wochenende nicht, weil kein Bus fährt, und die Kids gar nicht zum Jugendclub hinkommen können, erst recht nicht später am Abend zurück. Oma Else aus Friedland weiß nicht mehr, wie sie zum Arzt kommen soll, wenn ihre Tochter arbeiten muss und sie nicht bringen kann. Das Taxi wird von der Krankenkasse nicht übernommen.

Ob Medizinisches Versorgungszentrum, Jugendclub oder Kultur Einrichtung, richtig ist, dass der Kreis solche Angebote fördert und unterstützt. Doch hilft es wenig, wenn die Zielgruppen der Angebote nicht dorthin kommen. Das in der nächsten Legislaturperiode weiter zu entwickelnde Verkehrskonzept muss solche Fragen dringend berücksichtigen. Hier sollten wir nicht warten, bis es uns endlich gelungen ist, den Busverkehr zu rekommunalisieren, sondern kurzfristig neue angebotsorientierte Konzepte eingebracht werden, wie z.B. Rufbusse.

Ein weiteres Thema: Bis 2022 muss entsprechend der EU-Richtlinie der ÖPNV vollständig barrierefrei sein. Für die Woltersdorfer Straßenbahn, die als kommunales Unternehmen zur Hälfte in der Hand des Kreises ist, bedeutet das, einen Weg zu finden, Barrierefreiheit und Erhalt des historischen Charakters der Bahn zu verbinden. Eine vollständige Umstellung aller Straßenbahnwagen auf barrierefreie Fahrzeuge wäre nicht finanzierbar. Zugleich ist die Bahn ein Touristenmagnet und hat daher für den Ort als Markenzeichen eine besondere Bedeutung. Und selbstverständlich müssen Menschen mit Rollstuhl und Rollator die Strecke zwischen Bahnhof Rahnsdorf und Schleuse zurücklegen können. Hier wird auch der Kreis gefragt sein, die Umstellung des Angebots zu begleiten und finanziell zu unterstützen.

Einige bundesweit relevante Themen werden auch den nächsten Kreistag beschäftigen: Klimawandel, Insektenschutz und Mieten. Die Fridays for Future-Demonstrationen sind inzwischen auch in unserem Landkreis angekommen. Erste Schritte gibt es auf den verschiedenen Planungsebenen zum Klimaschutz längst. Doch wie lässt sich das weiter ausbauen und in ein Klimaschutzkonzept des Kreises umsetzen?

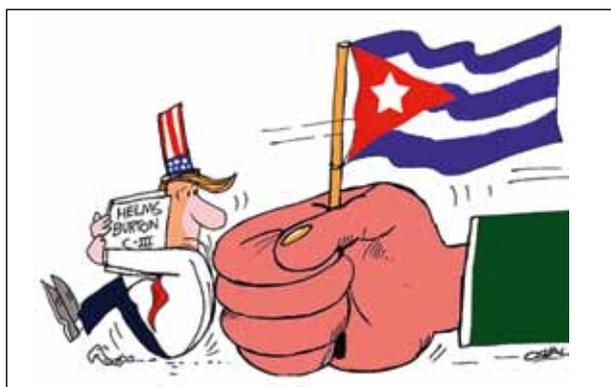
Parallel zum Kommunalwahlkampf wurden an vielen Infoständen Unterschriften für das Volksbegehren zum Artenschutz gesammelt. Der Landkreis Oder-Spree sollte nicht erst warten, bis das Volksbegehren erfolgreich durchgeführt ist, sondern schon jetzt erste Maßnahmen ergreifen.

Und auch das Mietenthema kocht in der Öffentlichkeit, wenn man die Debatte um die Enteignung von Deutsche Wohnen betrachtet und das dazu in Berlin laufende Volksbegehren. In Oder-Spree ist vor allem der berlinnahe Raum betroffen. Schöneiche hat im Mai einen neuen Mietspiegel in Kraft gesetzt, der sogar über Berliner Niveau liegt. Auf Grundlage dieses Mietspiegels könnten nun Vermieter in der Region ihre Mieten weiter anheben. Hier muss dringend gegengesteuert werden.

Akuten Handlungsbedarf gibt es auch bei den Schulsozialarbeitern. Bislang war es ein Streitpunkt, ob sie von den Kommunen oder vom Kreis bezahlt werden. In den meisten Fällen ist die Frage noch nicht geklärt, aber die Befristung einiger Schulsozialarbeiter läuft Ende des Jahres aus.

Damit sind längst nicht alle Themen abgedeckt, die in den nächsten Wochen und Monaten im Kreis relevant werden. Gern können Sie/ könnt Ihr uns weitere Themen und Baustellen nennen, die akut sind unter julia.wiedemann@die-linke.de. Mit unserer Kreis-To-Do-Liste verhält es sich wie mit allen To-Do-Listen: sie werden stetig länger. Doch werden wir hoffentlich auch viele Punkte abhaken können.

Karikatur: Osva
(Kuba)



Was die Menschen tun und was sie denken, sind die Themen

Medienpolitik und Digitalisierung sind Felder moderner linker Politik

Anfang des Jahres waren die Mitglieder unserer Partei und speziell die Kandidaten aufgerufen, zu arbeiten für das Programm zur Landtagswahl einzureichen. Meine Schwerpunkte hierzu: Digitalisierung und linke Medienpolitik. In den Ohren mancher, vor allem älterer Mitglieder klingt beides noch immer nach Science Fiction. Genau das sollten wir schnellstens ändern. Denn diese Felder bestimmen heute bereits einen großen Teil des Berufslebens der Menschen und vollständig das, was sie erfahren. Wir reden hier also über das, was die Leute tun und über das, was sie denken. Zumindest wenn es uns nicht gelingt, aktuelle Antworten zu finden.

Digitalisierung ist digitaler Kapitalismus. Und so bleibt uns als Partei die Aufgabe; dafür Sorge zu tragen, den digitalen Wandel sozial zu gestalten und zu regulieren. Im Prozess der Digitalisierung steht der Mensch im Mittelpunkt, keine Technologien wie Computer, Smartphones, das Internet der Dinge usw. Ob wir uns nun von Funkloch zu Funkloch hangeln oder den technischen Fortschritt „künstlicher Idioten (KI)“ bewundern dürfen, der Mensch ist das A und O des digitalen Wandels.

Die Teilhabe der Menschen im gesellschaftlichen Prozess der Digitalisierung muss gesichert werden, Veränderungen der Arbeitswelt, bis hin zum Wegfall ganzer Berufszweige, Industrien und Handwerke erfordert die politische Einfluss-

nahme, neoliberale Aspekte dürfen hier keine Rolle spielen. Besonders wichtig ist die demokratische Mitarbeit der Menschen bei der Gestaltung digitaler Verwaltungsdienstleistungen, d.h. unmittelbare Zugänglichkeit und Transparenz sind ein wichtiger Gesichtspunkt bei der demokratischen Gestaltung kommunaler und länderspezifischer Prozesse. Demokratie wird so direkt erlebbar. Freie Verfügbarkeit von Internet-Zugängen, und die Schaffung einer leistungsfähigen Netz-Infrastruktur sind die unbedingten Voraussetzungen. Den Forderungen nach Exklusivität digitaler Kapital-Moloches, wie z.B. in Erkner Vodafone, ist entschieden zu widersprechen.

Die klassischen Medien in Brandenburg befinden sich, wie überall, in der Krise. Das Internet mit seinem umfangreichen Angebot an Informationen drängt die traditionellen Medien immer weiter in den Hintergrund. Die Meinungsbildung der Menschen erfolgt heute wesentlich vielfältiger als noch vor zehn Jahren. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Medienanstalten sehen sich den Profitinteressen großer Medienkonzerne ausgesetzt, mit entsprechender Reichweite und einer Angebotsfülle, die finanziell, logistisch und personell kaum zu erbringen sind. Wichtig erscheint mir hier die Trennung von Medien und Profitinteressen, diese Unterschiede müssen in aller Deutlichkeit benannt werden. Politische Einflussnahme und kommerziel-

le Interessen sind insbesondere im Journalismus zu entkoppeln, lokale Medien, die trotz ihrer geringen Reichweite einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung der Bürger liefern, sind stärker als bisher zu unterstützen und zu entwickeln. Insbesondere erfordert die mediale Vielfalt Medienkompetenz, diese wird durch entsprechende Bildung erreicht und sollte bereits in den Schulen vermittelt werden.

■ Link zu meiner Zuarbeit für das Landtagswahlprogramm zum Thema Digitalisierung:
http://schneider-franziska.de/2019/02/15/digitalisierung-erfordert-sozialpolitisches-agieren/?preview_id=642&preview_nonce=a23e04fc92&preview=true

■ Link zu Medienpolitik:
http://schneider-franziska.de/2019/02/12/was-ist-linke-medienpolitik/?preview_id=640&preview_nonce=545d410d0b&preview=true

Foto: Spreebote



von Franziska Schneider, Erkner, Direktkandidatin zur Landtagswahl am 1.9.2019 im Wahlkreis 31 (Neuenhagen, Hoppegarten, Schöneiche, Woltersdorf, Erkner), www.schneider-franziska.de

BILDNACHRICHTEN

1. Mai auf der Woltersdorfer Maiwiese



Immer gesprächsbereit und -interessiert: Die LINKEN aus Erkner hatten am 1. Mai ihren Stand aufgebaut (v.l. Franziska Schneider, Ursula Paape, Andrea Pohl).



Cuba Si, die Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE, warb um Solidarität mit Kuba. Fotos: privat

Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten! #linkelpt19

15. Juni 2019 • 10 Uhr
Schönefeld bei Berlin,
Hans-Grade-Allee 5
(Holiday Inn Berlin Airport Conference Centre)

2. Tagung des 6. Landesparteitags

Inhalt des Landesparteitags ist die Diskussion und Verabschiedung des Wahlprogramms für die Landtagswahl 2019.

- Wahlprogramm-Entwurf: www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Landesverband/Parteitage/6._LPT/2._Tagung/Arbeitsheft_2_6._LPT_2._Tagung_A1.pdf
- ab 10 Uhr Livestream auf: www.dielinke-brandenburg.de

Aus der Linksfraktion im Landtag

NACHRICHTEN AUS DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE (Zusammenstellung: Franziska Schneider)

■ Vier Verfassungsänderungen beschlossen

von Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender

Der Landtag hat in dritter Lesung vier Änderungen der Landesverfassung beschlossen – leider wurde nur über einen Punkt diskutiert, die Einführung einer Brandenburger Schuldenbremse. Auch die drei anderen Verfassungsänderungen hätten aufgrund ihrer Bedeutung mehr Raum in der öffentlichen wie in der parlamentarischen Debatte verdient.

Da sind zunächst die Änderung von Artikel 72 (**Untersuchungsausschüsse**) und die Änderung von Artikel 78 (**Vorbereitung von Volksentscheiden**). Sowohl das Volksabstimmungsgesetz als auch das Untersuchungsausschussgesetz gehen – wie die Verfassung selbst – auf die erste Wahlperiode des Landtages zurück. Seitdem haben wir und vor allem die Brandenburgerinnen und Brandenburger eine Menge an Erfahrungen gesammelt, die im Juni zu Änderungen beider Gesetze führen sollen. Die Verfassung schafft dafür die notwendigen Grundlagen: Wir haben die Rechtsstellung der Untersuchungsausschüsse neu gefasst und wollen mehr Flexibili-

tät bei der Festlegung des Termins eines Volksentscheides sichern. Konkret sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass eine Zusammenlegung eines Volksentscheides mit einer landesweiten Wahl oder Abstimmung möglich wird, was dessen Erfolgsaussichten erheblich verbessern könnte.

Wichtig für uns ist aber auch die Neufassung von Artikel 55 Absatz 1. Damit wollen wir deutlich machen: Der Landtag ist nicht nur die gewählte Vertretung des Volkes, sondern eine zentrale Stätte der politischen Willensbildung. Er beschließt Gesetze und den Landeshaushalt, kontrolliert die vollziehende Gewalt, behandelt öffentliche Angelegenheiten, wirkt in bundes- und europapolitischen Fragen an der Willensbildung des Landes mit und erfüllt andere, ihm nach dieser Verfassung zustehende Aufgaben. Wir zeigen damit: Die Aufgabenvielfalt, die die 88 Abgeordneten im Jahr 2019 zu bewältigen haben, ist mit dem, was 1990 unser Ausgangspunkt war, nicht mehr identisch. Der zentrale

Begriff dabei ist „Willensbildung“ – und an der wirken vor allem die Fraktionen des Landtages mit, deren Rechtsstellung wir mit einem neuen **Fraktionsgesetz** im Juni neu regeln wollen.

Eine weitere Neureglung in der Brandenburgischen Landesverfassung stellt die Aufnahme der **Schuldenbremse** dar. Obwohl die Linksfraktion die Schuldenbremse im Grundgesetz nach wie vor ablehnt, haben wir diese in unserer Landesverfassung mit den entsprechenden Auslegungsregelungen in der Landeshaushaltsordnung verankert. Damit machen wir in Brandenburg von der grundgesetzlich als Kann-Bestimmung verankerten Möglichkeit Gebrauch, von einem strikten Neuverschuldungsverbot abzuweichen und eröffnen uns haushaltspolitische Gestaltungsspielräume.

Dies gewährleistet, dass in Zeiten konjunktureller Krisen Steuerausfälle nicht direkt durch die massive Kürzung von Ausgaben kompensiert werden müssen.

Ab 2020 ist die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung struk-

tureller Haushaltskomponenten mithin unzulässig. Die Haushalte der Länder sind dann grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Damit würde die strikte Schuldenbremse, die das Grundgesetz in Artikel 109 Absatz 3 vorgibt, zur Zukunftsbremse des Landes Brandenburg. Die mittlerweile wieder geführten kontroversen Debatten über den Sinn einer Schuldenbremse unterstützen wir ausdrücklich. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen ist es ökonomisch sinnvoll, Kredite für Investitionen aufzunehmen. Sind die positiven Effekte der kreditfinanzierten Investitionen auf das Wachstum höher als die Zinsbelastung durch die Kreditaufnahme, ist dies generationengerechter als die schwarze Null.

- zur *Beschlussempfehlung Drucksache 6/11341*: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11300/11341.pdf;
- zum *Mitschnitt der Rede*: www.youtube.com/watch?v=rzjdi-T2P6Y

■ Abschlussbericht der Enquetekommission Ländliche Räume vorgelegt

von Anke Schwarzenberg, Mitglied der Enquetekommission

Die Enquetekommission für den ländlichen Raum hat sich in vierjähriger Arbeit unter maßgeblicher Mitwirkung der LINKEN Anke Schwarzenberg, Bettina Fortunato und Dr. Michael Thomas eine differenzierte und zukunftsorientierte Sicht erarbeitet und nun einen Abschlussbericht von 270 Seiten Länge vorgelegt. Darin wird das Land nicht als Ort der Beihilfe verstanden, sondern als Raum für Gestaltung. Die dort lebenden Menschen müssen gestärkt wer-

den, um selbstverantwortlich sowie mit eigenen Entscheidungsspielräumen handeln zu können. Die Potenziale des ländlichen Raumes sind angesichts der landschaftlichen, historisch-sozialen und wirtschaftlichen Traditionen und Voraussetzungen stark unterschiedlich. Indem wir sie differenziert entwickeln, sichern wir die Vielfalt unseres Landes. Aber wir wollen gleichzeitig auch die Voraussetzungen schaffen, dass im Land gleichwertige Lebensverhält-

nisse herrschen. Im Abschlussbericht sind die Instrumente aufgeführt, sie müssen nur genutzt werden. DIE LINKE fordert messbare Indikatoren, um die genauen Lebensverhältnisse zu bewerten und eine zielgerichtete Förderung für strukturschwache Regionen zu ermöglichen.

Vor allem braucht es eine Landesstrategie. Sie muss Antworten geben, wie die gleichwertigen Lebensverhältnisse im ganzen Land zu sichern sind. Damit werden

wir in den nächsten Jahren zu tun haben.

- zum *Bericht Drucksache 6/11258*: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11200/11258.pdf;
- zur *Mitschnitt der Rede*: www.youtube.com/watch?v=Hjmnk-sPWjQ;
- zum *Videostatement*: www.youtube.com/watch?time_continue=1&v=IIGzGDTQZTg.

■ Gesetz zur sozialen Wohnraumförderung sichert mehr bezahlbaren Wohnraum

von Anita Tack, wohnungspolitische Sprecherin

Mit den Gesetzen zur sozialen Wohnraumförderung und zum Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum werden die Möglichkeiten für mehr Wohnraum und für

bedürfnisgerechte Wohnformen geschaffen. Die Grenzen für einen Wohnberechtigungsschein wurden erhöht. Damit kann die Zahl der Anspruchsberechtigten bei ge-

fördertem Wohnraum für Familien, Studierende und ältere Menschen erheblich erweitert werden.

DIE LINKE hat noch weitere Forderungen durchgesetzt:

■ Bei der Ausgestaltung der Förderrichtlinien ist darauf zu achten, dass Studierenden ohne unnötige bürokratische Hürden der Zugang zu geför-

derdem Wohnraum ermöglicht wird.

- Für Wohnraum mit kleiner Fläche unter 50 qm sollen die generellen Förderbedingungen für Sanierung im Bestand angewandt werden. Das ist insbesondere für Single-Haushalte

älterer Menschen und auch für Studierende wichtig.

- Nichtkommerzielle Baugemeinschaften sollen als Fördernehmer eingestuft werden. Damit kann Grund und Boden dauerhaft dem Markt und damit der Spekulation entzogen werden,

weil das Haus denen gehört, die selbst darin wohnen.

- zur *Beschlussempfehlung zur Wohnraumförderung Drucksache 6/11369*: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladosku/w6/drs/ab_11300/11369.pdf;

- zur *Beschlussempfehlung zum Verbot der Zweckentfremdung Drucksache 6/11370*: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladosku/w6/drs/ab_11300/11370.pdf;
- zum *Mitschnitt der Rede*: www.youtube.com/watch?v=Y9FFR9Cw9xk

DOKUMENTIERT

80 Jahre nach 1939

Ein Ort der Begegnung, um an Krieg und Besatzung zu erinnern

Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung. Am 1. September 2019 jährt sich der Überfall Deutschlands auf Polen zum 80. Mal. Gleichzeitig ist das Bewusstsein über den besonderen Charakter des deutschen Besatzungs- und Vernichtungsregimes in Polen zwischen 1939 und 1945 heute bei uns in Deutschland noch nicht hinreichend ausgeprägt.

Deutschland und Polen pflegen heute besondere freundschaftliche Beziehungen. Wirtschaftlich und kulturell sind beide Länder eng verbunden: Deutschland ist Polens größter Handelspartner, es gibt hunderte Städtepartnerschaften, umfangreichen Austausch zwischen Regionen, Schul- und Hochschulkooperationen und enge Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft. Nirgendwo ist Deutsch als Fremdsprache so populär wie in Polen. Auch auf zwischenmenschlicher Ebene sind die Beziehungen ebenfalls sehr intensiv und so werden jährlich hunderte deutsch-polnische Ehen geschlossen. Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, da die deutsch-polnische Geschichte über Jahrhunderte davon geprägt war, dass Deutsche Polen immer wieder bekriegen, beherrschen, unterjochten oder sogar vernichten wollten. Noch heute denken viele Menschen in Polen beim Blick auf Deutschland auch an die Geschichte der Teilungen des eigenen Staates oder die Versuche der Russifizierung bzw. Germanisierung, die in den vergangenen Jahrhunderten stattfanden. Im Zentrum der Debatte über die deutsch-polnische Geschichte steht jedoch die Zeit zwischen 1939 und 1945.

Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg und damit die Umsetzung grausamster, rassenideologischer

Vernichtungspolitik. Eine Voraussetzung für diesen Angriffskrieg war die im kurz zuvor geschlossenen Hitler-Stalin-Pakt vereinbarte vierte Teilung Polens. Die militärische Kapitulation wurde auch durch den zur deutschen Invasion hinzukommenden Einmarsch Stalins in Polen erzwungen.

Schon in den ersten Kriegstagen zeigte sich, dass die Nationalsozialisten Polen nicht nur als Staat auslöschen wollten. Todeschwadronen begannen sofort nach dem Einmarsch mit der lange vorbereiteten „Intelligenzaktion“, der zehntausendfachen Ermordung von Bürgerinnen und Bürgern der zweiten polnischen Republik. Betroffen waren hochrangige Vertreter polnischer Politik und Intelligenz, Lehrer, Ärzte, Priester und politisch Andersdenkende – unter ihnen viele Menschen jüdischen Glaubens. Sofort begann auch eine Kriegsführung der Wehrmacht, die nicht nur auf einen militärischen Sieg, sondern auf eine dauerhafte Aneignung des Territoriums gerichtet war. Diese Kriegsführung war von Anfang an von zahllosen Kriegsverbrechen gegen Orte wie Wieluń oder Czestochowa und illegalen Exekutionen tausender polnischer Zivilisten geprägt. Bald begann die systematisch geplante Vertreibung von Menschen aus den Gebieten, die dann vom Deutschen Reich annektiert wurden. Vor allem aber wurde das Gebiet Vorkriegspolens von den Nationalsozialisten wenig später zu dem Ort gemacht, an dem sie in deutschen Vernichtungslagern den fabrikmäßigen Massenmord an den europäischen Juden durchführten und auch Millionen Jüdinnen und Juden ermordeten, die Bürgerinnen und Bürger des polnischen Staates gewesen waren.

Das multiethnische Polen war ab dem 1. September 1939 das Gebiet, auf dem die Nationalsozialisten alle Komponenten ihres ras-

senideologischen Vernichtungskrieges, ihrer grausamen Besatzungspolitik, ihrer rassistischen Lebensraumideologie, ihren eminenten Antisemitismus und auch Antislawismus erstmals in vollem Umfang umsetzten. Das Gebiet der zweiten polnischen Republik wurde zu dem als Versuchslabor für die Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschlands im Osten missbraucht. Die physische Entfernung polnischer Menschen aus den bald annektierten Gebieten einerseits und die Unterjochung, Ausbeutung, Verschleppung und Versklavung der Polen in den Gebieten des späteren Generalgouvernements andererseits, waren von Beginn an Ziel und zentraler Bestandteil der Idee des Kriegs gegen Polen. Todesmutig leisteten Millionen Polinnen und Polen dagegen Widerstand. Hunderttausende kämpften auch in den Armeen der Alliierten für den Sieg über Hitler. Ebenso viele bezahlten diese Opferbereitschaft mit ihrem Leben.

Dass sich wenige Jahrzehnte nach dem Kriegsende zwischen Deutschland und Polen unsere Versöhnungsgeschichte entwickelte, grenzt an ein Wunder. Die polnischen Bischöfe streckten 1965 in ihrem Brief an die deutschen Amtsbrüder mit dem Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ die Hand an die Nation der Täter aus. Es folgten auch aus der polnischen und der deutschen Zivilgesellschaft wertvolle Impulse und Initiativen zur Versöhnung und Verständigung zwischen Menschen in Polen und beiden deutschen Staaten. Polen und polnisch stämmige Bürger in Deutschland, Vertreter der deutsche Minderheit und Deutsche in Polen, ebenso wie Aussiedler und Vertriebene, deren verschiedene Schicksale in Erinnerung bleiben, gehören zu wichtigen Brückenbauern zwischen beiden

Ländern und Kulturen. Nach 1989 taten auch die ersten demokratischen Regierungen Polens viel für die Versöhnung mit Deutschland. So wären die deutsche Einheit und die Integration des geeinten Deutschlands in europäische Strukturen ohne den Mut und den Willen unseres östlichen Nachbarn, welcher die eigene europäische Integration in Übereinstimmung mit der deutschen Einheit sah, nicht möglich gewesen.

Heute schauen wir in eine gemeinsame friedliche Zukunft. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass ein ausgeprägtes deutsches historisches Bewusstsein für die gemeinsame Geschichte auch Grundlage unserer guten Beziehungen ist. Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung und das Gedenken an den deutschen Vernichtungskrieg gegen Polen und die nationalsozialistische Besatzung lebendig zu halten und der Erinnerung Raum zu geben. Aus diesem Anlass soll an prominenter Stelle in Berlin ein geeigneter Ort gefunden werden, der den Opfern des Krieges und der Besatzung in Polen gewidmet ist. Er sollte mit einem geeigneten Konzept der Erinnerung, Aufklärung und vor allem auch der Verständigung und dem Abbau von Vorurteilen dienen. Wir stellen uns darunter auch einen Ort der Begegnung und Auseinandersetzung vor, der Deutsche und Polen zusammenbringt und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt. Hierzu sollten 2019 – achtzig Jahre nach dem Überfall auf Polen – seitens der deutschen Politik entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht werden.

1. Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Paul Ziemiak (CDU/CSU)
3. Dietmar Nietan (SPD)
4. Thomas Nord (DIE LINKE)
5. Alexander Müller (FDP)



von
Justo Cruz,
Koordinator in der
Arbeitsgemeinschaft
Cuba Sí in der Partei
DIE LINKE,
Grundanliegen und
wesentlicher Inhalt
der Tätigkeit von
Cuba Sí ist die politi-
sche und materielle
Solidarität mit dem
sozialistischen Kuba.

Nicolás Maduro, der seltsamste „Diktator“ der Welt

In jüngster Zeit hat es in Unserem Amerika keinen Präsidenten gegeben, der so viel Hass, so viel Bösartigkeit, so viele Aggressionen aller Art hat ertragen müssen wie es dem Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Nicolás Maduro, geschehen ist.

Die Desinformationsmedien versuchen uns glauben zu machen, dass er ein „Diktator“ ist, als ob wir Lateinamerikaner nicht wüssten, was Diktatoren sind. Was für eine Art „Diktator“ ist jemand, der lieber bei der Verteidigung seines Volkes stirbt als irgendwelche Brotkrümel von Korrupten und Vaterlandsverrättern zu akzeptieren.

Vor einigen Tagen hat der selbsternannte Interimspräsident Venezuelas, Juan Guaidó, versucht, einen Staatsstreich gegen die legitime Regierung von Nicolás Maduro durchzuführen. Es besteht kein Zweifel daran, dass dieser Herr nicht daran gedacht hätte, sich zum Präsidenten zu erklären und gar einen Putsch zu versuchen, ohne über die Unterstützung des Weißen Hauses zu verfügen. Wieder einmal versucht die US-Regierung in Zusammenarbeit mit Verbündeten und Marionetten, Chaos und Terror in einem souveränen Land zu säen, dessen einziges „Verbrechen“ darin besteht, eines der größten Ölvorkommen der Welt zu besitzen.

Diese nur allzu bekannte Realität scheint niemanden zu stören. Die Politiker des Weißen Hauses versuchen wie damals im Nahen Osten, sich der natürlichen Ressourcen eines Landes zu bemächtigen, ohne sich um die Tausenden von möglichen Kollateralfopfern wie im Fall Syriens, des Irak und Libyens zu kümmern, um nur einige Beispiele zu nennen.

Was wäre mit Juan Guaidó und Leopoldo López passiert, wenn sie den argentinischen Diktator Jorge Rafael Videla oder den Chilenen Augusto Pinochet „herausgefordert“ hätten? Was wäre mit diesen Freibeutern geschehen, wenn sie das, was sie heute in Venezuela veranstalten, in der „Fünften Brasilianischen Republik“ tun würden? Wo wären diese Herren hingeraten, wenn sie in die Hände der brasilianischen Militärs gefallen wären, die

seit Jahrzehnten für dieses Land predigen: „Was gut für die Vereinigten Staaten ist, ist gut für Brasilien“ (wörtliches Zitat).

Haben die Desinformationsmedien diese „neue Fünfte Brasilianische Republik“ unter der Leitung von Jair Bolsonaro überhaupt bemerkt, wo Journalisten und soziale Führer ermordet werden, wo jährlich Hunderte von Menschen an den Folgen von Polizeigewalt sterben? Sicher nicht, wir wissen ja bereits, wie sehr sie mit Venezuela beschäftigt sind.

Wenn wir uns die aktuellen kriegerischen Konflikte ansehen, können wir, ohne die Befürchtung uns zu irren, sagen, dass es eine Gruppe von Ländern auf der Welt gibt, deren Politiker und Soldaten unantastbar sind, Kriegsverbrecher, die absolut ungestraft handeln können, ohne jede Gefahr, verurteilt zu werden. Dem gemeinsamen Nenner fast aller Kriege, dem größten Invasoren, den USA, könnten wir Israel, die Monarchie Saudi-Arabiens und einige europäische Komplizen wie Frankreich, England und Spanien hinzufügen. Es ist kein Zufall mehr, dass die meisten der heutigen bewaffneten Konflikte im geografischen Umfeld des Nahen Ostens stattgefunden haben, wo 60 Prozent der weltweiten Ölreserven konzentriert sind. Jetzt ist Venezuela an der Reihe. Das Libretto ist immer das Gleiche, nämlich den Präsidenten von Ländern, deren Regierungen ihnen unerwünscht sind, vorzuwerfen, Diktatoren zu sein.

Wenn Nicolás Maduro ein korrupter und unfähiger Präsident ist, welche Art von Präsident werden dann wohl Mauricio Macri, Iván Duque, Sebastian Piñera oder Jair Bolsonaro sein?

Wenn Maduro ein Diktator ist, dann ist er der seltsamste Diktator der Welt. Ein „Diktator“, der Attentatsversuche, Staatsstreichs, Medienkriege, Wirtschaftskriege ertragen musste. Und diesem Mann, der in den letzten Jahren tausend Schlachten geschlagen hat, zittern weder die Knie, noch gibt er auf.

Man sagt, dass er unbeliebt sei, dass sein Volk ihm nicht folge, dass alles eine Inszenierung sei, aber jedes Mal, wenn er auf die Straße geht, dann tut er dies umgeben von

Tausenden von Rothemden, und obwohl die Desinformationsmedien dies verschweigen, setzt sich die Wahrheit durch. Dabei beziehe ich mich auf eben die Medien, die über polizeiliche Gewalt in Venezuela reden, aber die polizeiliche Gewalt in Macron's Frankreich oder Pedro Sánchez' Spanien ignorieren.

Anya Parampil, eine venezolanische Journalistin, beklagte auf Fox News, dem Lieblingssender von Donald Trump, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, was fast jeder bereits weiß, ich zitiere: „Die Medien lügen über die Situation in Venezuela“ und sie urteilte weiter: „Stellen Sie sich vor, Hillary Clinton hätte sich geweigert, ihre Niederlage zu akzeptieren, nachdem sie 2016 gegen Präsident Trump verloren hatte, und 24 amerikanische Soldaten um sich versammelt, um zu versuchen, das Weiße Haus mit Gewalt einzunehmen. Ich glaube nicht, dass sie so frei durch die Straßen geben könnte, wie Guaidó das jetzt in Caracas tut.“ Für die freiberufliche Journalistin, die sich nicht von den Desinformationsmedien täuschen lässt, hat die Opposition in Venezuela nicht genügend Unterstützung in der Bevölkerung: „Juan Guaidó hat erneut gezeigt, dass er nur auf einem US-Panzer an die Macht kommen wird.“

Wie hätten ein Makron, ein Pedro Sánchez, eine Merkel auf einen versuchten Anschlag mit Drohnen mitten auf einem öffentlichen Platz reagiert, live und in Farbe? Wie hätten der Präsident der Vereinigten Staaten, das Pentagon und die CIA reagiert, wenn es irgendeinem verrückten US-Amerikaner eingefallen wäre, eine Militärbasis anzugreifen, um einen Staatsstreich zu versuchen? Wie hätten dieselben gewohnten Medien reagiert, diejenigen, die das Feuer in der Kathedrale von Notre Dame so sehr beweint, aber die Zerstörung von Tempeln und Kathedralen im Nahen Osten durch Bomben und Raketen „Made in USA“, „Made in Germany“, „Made in France“ ignoriert haben?

Nicolás Maduros Karriere als unermüdlicher Kämpfer begann nicht in Miraflores (Präsidentenpalast, Red.), wie viele glauben. Es scheint, dass nur sehr wenige Menschen wissen, dass er von klein auf ein



hartnäckiger Kämpfer für soziale Gerechtigkeit gewesen ist. Mit nur 12 Jahren war er bereits Aktivist in einer linken Organisation, als er 15 Jahre alt war, wurde er von einem Gymnasium verwiesen, weil er als Mitglied des Oberschülervereins einen großen Streik organisiert hatte. 1990 begann er als Inspekteur bei der U-Bahn von Caracas, bis er als Busfahrer weitermachte. Er war Politiker, Gewerkschaftsführer, Minister, Vizepräsident der Republik, dennoch betitelt man ihn als Idioten, beschuldigt ihn der Unfähigkeit, nur weil seine unfähigen Verleumder es nicht geschafft haben, ihn aus dem Miraflorespalast herauszuholen. Wen sollten wir denn dann als Präsidenten bevorzugen, einen Millionär im Stil eines Mauricio Macri oder eines Sebastián Piñera anstelle eines Busfahrers?

Maduro wurde schon alles Mögliche vorgeworfen, aber sie konnten ihn nicht beugen, deshalb hassen sie ihn, bedrohen ihn, beschimpfen ihn als Diktator. Vor einigen Tagen versuchten sie, ihn erneut gewaltsam auszuschalten, aber sie verlor wieder, und da sie hochgradige Manipulatoren sind, verbreiteten sie das Gerücht, um ihn und die Leute, die ihm folgen und die Armee, die ihn beschützt, zu demoralisieren, dass „er ein Flugzeug auf der Piste bereit stehen hatte, um die Seinen zu verlassen“. Erinnert ihr euch an die Geschichte über den syrischen Präsidenten Assad und seinen angeblichen Plan, nach Russland zu flüchten?

Sie haben nicht einmal die Fantasie zu lügen, und zu manipulie-

ren, sondern sind nur Nachahmer von Anekdoten.

Am 30. April hat die Mehrheit des venezolanischen Volkes der Welt gezeigt, was es für seine Zukunft will, obwohl die Medien im Dienste des Westens dies weiterhin ignorieren. Die Wahrheit siegt und Venezuela hat auf Dauer seine bolivariische Revolution.

Was uns nun beunruhigen muss, sind die Pseudorevolutionäre, die Sozialisten neuen Typs, die „Erzkommunisten“, die Sozialdemokraten, diejenigen, die im Namen der internationalen Linken, im Namen von Marx, des Wortes „Sozialismus“ und eines vermeintlichen „Neosozialismus“ den wirklichen Diktatoren in die Hände spielen, die beanspruchen, in dieser Welt zu regieren und die Nicolás Maduro beschuldigen, für die Krise verantwortlich zu sein, die Venezuela durchmacht, als ob die Geschichte dieses Landes erst vor 10 Jahren begonnen hätte.

Die Bank von England hält 14 Tonnen Gold aus dem Eigentum Venezuelas im Wert von 550 Millionen Euro zurück, die US-Regierung hat unter Mitwirkung der Europäischen Union (EU) 1 400 Millionen Dollar beschlagnahmt, die die venezolanische Regierung für den Kauf von Lieferungen für den Gesundheitssektor bereitstellen wollte. Und nun wird Nicolás Maduro beschuldigt, für eine angebliche humanitäre Krise verantwortlich zu sein.

Die Geschichte, die das chilenische Volk während der Regierung der Unidad Popular unter dem Vor-

sitz von Salvador Allende erlebt hat und die, die das kubanische Volk seit 60 Jahren durchlebt, wiederholt sich. Die Vereinigten Staaten erklären der Welt weiterhin den Krieg, und die Welt ist sich dessen nicht bewusst.

Hier in Europa hören wir von Zeit zu Zeit den einen oder anderen „Linken“ ausrufen: „... man muss Maduro nicht lieben, aber wir müssen verhindern, dass die USA sich Venezuelas bemächtigt“. Wann werden sie es endlich schaffen zu verstehen, dass Maduro heute die Bolivarische Revolution Venezuelas ist, so wie es vorher Hugo Chávez war?

Für jene Revolutionäre, die nicht in der Lage sind, Revolutionen aufrechtzuerhalten, für jene Neosozialisten neuen Typs (Redundanz lohnt sich), wiederholen wir die Botschaft Maduros als er auf sie Bezug nehmend sagte, ich zitiere: „Ich (...) rufe die Welt, die Solidarität (...) die Linke, die sozialen, die demokratischen und humanistischen Bewegungen auf: Solidarität mit Venezuela! Die ganze Kampagne ist so schmutzig, dass sie dazu geführt hat, dass bereits einige Sektoren dabei sind, sich zurückzuziehen.“

Geschätzter „Linker“, wenn du nicht in der Lage bist, deine Stimme zu erheben, um Maduro, die Menschen, die ihm folgen und die bolivarische Revolution in Venezuela zu verteidigen, dann schweige lieber still und du wirst Venezuela, Lateinamerika und der Welt einen großen Gefallen tun.

Quelle:

„La pupila insomne“, vom 9. Mai 2019, Originaltitel: Nicolás Maduro, el “dictador” más raro del mundo.

Übersetzung:

Klaus Lehmann

DOKUMENTIERT

Ex-Präsident Jimmy Carter nennt USA das kriegerischste Land der Welt

Jimmy Carter, der einzige US-Präsident, unter dem die Vereinigten Staaten keinen Krieg geführt hatten, hat die Kriegslust seines Landes scharf kritisiert. Die USA könnten sich laut Carter an China ein Beispiel nehmen.

Die USA seien das kriegerischste Land der Welt, sagte Carter in seiner Sonntagsschule in der Maranatha Baptist Church im US-Bundesstaat Georgia.

Der 94-Jährige erklärte, Trump habe ihn am vergangenen Samstag angerufen. Zuvor habe er dem jetzigen US-Präsidenten in einem Brief einen Ratschlag zu den amerikanisch-chinesischen Beziehun-

gen gegeben. Trump sei derzeit darüber besorgt, dass China die USA wirtschaftlich überholen könnte.

„Ich habe das Verhältnis zu China 1979 normalisiert. Wissen Sie, wie oft China seit 1979 Krieg gegen jemanden geführt hat? Niemals! Und wir sind im Krieg geblieben“, so der ehemalige demokratische Staatschef.

In den 242 Jahren ihres Bestehens als Staat hätten die USA lediglich 16 Jahre lang keinen Krieg geführt, betonte Carter.

Dass die USA das kriegsfreudigste Land seien, sei die Folge des US-Drucks auf andere Staa-

ten, amerikanische Prinzipien zu übernehmen.

Die lange Friedenszeit habe es China erlaubt, sein Wirtschaftswachstum voranzutreiben. „Wie viele Meilen Schnellverkehrsbahn haben wir in diesem Land?“ fragte Carter. China habe etwa 29 000 Kilometer Schnellverkehrsbahn, während Washington etwa drei Billionen US-Dollar fürs Militär ausgegeben habe.

Laut einer Studie des Watson Institute of International and Public Affairs gaben die USA seit 2001 insgesamt 5,9 Billionen Dollar für die Kriege im Irak, in Sy-

rien, Afghanistan, Pakistan und anderen Ländern aus.

„China hat keinen Cent für Krieg ausgegeben, deshalb sind sie uns voraus. In fast jeder Hinsicht.“ Würden die USA nicht so viel Geld ins Militär stecken, gäbe es mehr gute Straßen und Brücken und ein besseres Bildungssystem.

Quelle:

de.sputniknews.com/politik/20190420324756411-ex-praesident-jimmy-carter-nennt-usa-das-kriegerischste-land-der-welt/, 20. 4. 2019



1939–2019

Geschichtliches und Aktuelles



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche

Auf Einladung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. fand anlässlich des 74. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald das zehnte Treffen der Nachkommen statt. Es stand unter dem Thema „Das KZ Buchenwald nach dem Beginn des Krieges am 1. September 1939“.

Kurz nach dem faschistischen Überfall auf Polen am 1. September 1939 wurden im Oktober 2098 polnische Patrioten in ein auf dem Appellplatz des KZ errichtetes Sonderlager gepfercht. 1650 starben innerhalb von fünf Monaten, 123 wurden in einen Stacheldrahtkäfig gesperrt, in dem sie erfroren und verhungerten.



Bei dem Gedenken auf dem Appellplatz leistete in diesem Jahr selbst das Wetter seinen Beitrag, die Qualen jener Tage zu verstehen.

Im Saal der Gedenkstätte sprach dann Professor Weißbecker über die Frage „Wegbereitung zu Hitlerfaschismus und Krieg – nur eine ferne Vergangenheit?“ Er verknüpf-



Ostermarsch 2019 in Frankfurt/Slubice: eine polnische Studentin spricht vor der Slubicer Bibliothek über den Frieden

te Geschichtliches und Aktuelles. Anders, so meinte er, wird man Fragen nach dem weshalb erinnern, woran erinnern, wozu erinnern nicht beantworten können. Erinnern findet heute statt in Zeiten einer allgemeinen Rechtsentwicklung, einer rassistischen Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas und des unheilswangeren Vormarsches der neuen Rechten.

Die Hoffnungen, Vergangenes würde nicht wieder zurückkommen können, haben sich zerschlagen.

Es sollte uns gegenwärtig auch, vielleicht sogar vor allem interessieren, wie früher Faschismus ermöglicht worden ist.

Rosa Luxemburg schrieb mitten in der Novemberrevolution anlässlich der Auseinandersetzungen um Nationalversammlung oder Räterepublik, es gelte eine wissenschaftliche Blendlaterne an die verborgenen Triebfedern der ökonomischen und politischen Räderwerke der bürgerlichen Gesellschaft zu halten.

Dazu passt eine zunehmende Entökonomisierung von Politik, erst recht aller gesellschaftlicher Ursachen und Zusammenhänge bei gleichzeitiger Mystifizierung der Märkte, des Geldes usw. Man könnte auch von einer Entkapitalisierung sprechen, genauer von Entlastungskampagnen zugunsten des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems

Die Losung „Nie wieder Krieg“ paarte sich im April 1945 folgerichtig mit dem Schwur „Nie wieder Faschismus“. Geleistet von jenen, die mutig um ihre Befreiung gekämpft hatten. Couragiertes Ringen um rechtzeitige Verhinderung von Kriegen oder um deren rasche Beendigung stellt seitdem ein zentrales Anliegen von Menschlichkeit, Menschenrecht und Menschenwürde dar.

Vor allen Dingen in den letzten beiden Jahrzehnten haben sich erschreckende Veränderungen vollzogen. Auf dem Vormarsch befindet sich ein autoritärer Nationalradikalismus. Und wieder spekulieren Kriegswillige mit dem Einsatz atomarer Waffen.

Und auf dem Tor des Glockenturms auf dem Ettersberg sind die Worte des Schwurs der Häftlinge



des KZ zu lesen – geleistet wenige Tage, nachdem sie sich selbst befreit hatten:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

All das kam mir in Erinnerung, als uns wenige Tage später beim Ostermarsch in Frankfurt (Oder) der Weg vom sowjetischen Ehrenmal über die Oderbrücke bis zur Bibliothek nach Slubice und von dort weiter bis zur Friedensglocke führte.

Es war beeindruckend, in Slubice vor der Bibliothek eine polnische Studentin über den Frieden reden zu hören. Und es machte auch die Aktualität der oben beschriebenen Forderung von Rosa Luxemburg deutlich. Sie selbst schrieb 1911:

„Die auf 40 Jahre europäischen Friedens hinwiesen, vergaßen die Kriege, die außerhalb Europas sich abspielten und in denen Europa die Hand mit im Spiel hatte.“

Und Gregor Schirmer ergänzt: „Die Beziehungen zwischen der EU einerseits und den Ländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas folgen den alten kolonialistischen Prinzipien der Ungleichheit und Ausbeutung, der Leugnung des Selbstbestimmungsrechts und Missachtung der Souveränität, der Übervorteilung des ‚Südens‘ zugunsten des ‚Westens‘ und der Bereicherung und Ungerechtigkeit. Die EU-Staaten erkaufen sich ihren gegenseitigen Frieden und ihren relativen Wohlstand mit der Ausbeutung der Dritten Welt, mit neokolonialistischen Methoden unter der Flagge der Handelsfreiheit.“

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit verlangt, dagegen anzutreten und sich die Europäische Union eben nicht als Friedensprojekt verkaufen zu lassen.

Fotos: Dr. Artur Pech



Widerstand notwendig

„Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden“

Aufstand gegen „kannibalische Weltordnung“: Bewegungen wie „Fridays for Future“ üben grundsätzliche Kritik. Ein Gespräch mit Jean Ziegler

In Ihrem neuen Buch „Was ist so schlimm am Kapitalismus?“ sprechen Sie von einer „Zivilgesellschaft“ als neuem, historischen Subjekt. Wie darf man sich das vorstellen?

Der Kapitalismus ist ein Paradox. Einerseits unglaublich kreativ, die Produktivkräfte entwickeln sich rasant. Aber gleichzeitig hat er eine kannibalische Weltordnung geschaffen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Zwei Milliarden Menschen, von insgesamt 7,6 Milliarden, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind auf diesem Planeten. Aber die Weltlandwirtschaft, so wie sie heute ist, könnte problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren – fast das Doppelte! Das heißt, es gibt keine Fatalität. Ein Kind, das jetzt an Hunger stirbt, wird ermordet. Und die Mörder sind identifizierbar. Diese kannibalische Weltordnung muss gebrochen werden – und sie kann gebrochen werden, etwa durch den Aufstand aller zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz spricht in diesem Zusammenhang lieber vom „NGO-Wahnsinn“ ...

Ja, ich kenne diese Debatten. Diese Herrschenden sind Söldner des internationalen Finanzkapitals. Sie haben diese Markthörigkeit, diese neoliberale Wahnidee verinnerlicht und glauben, dass nur der Weltmarkt die einzige Regulationsinstanz ist. Diese Entfremdung hat das Bewusstsein betoniert.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ich war lange bei der Sozialistischen Internationalen im Exekutivrat, und im Jahr 2000 tagten wir in Berlin. Das war die Zeit, als die Produktionsanstalten der Stahl- und Schwerindustrie von der Ruhr nach Osteuropa verlagert wurden – aus Profitgründen. Dadurch stieg in Deutschland die Arbeitslosigkeit, und es waren Hunderttausende Menschen auf den Straßen, zum Beispiel in Duisburg, in Bochum oder in Dortmund. Sie fragten:

Warum tut ihr das? Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD, hatte mit den Grünen eine absolute Mehrheit, hätte so etwas also im Bundestag verhindern können. Aber er hat gesagt, das dürfe man nicht – es wäre eine Torheit, ins Marktgeschehen einzugreifen. Das ist der Beweis der Totalentfremdung, wenn der Bundeskanzler der viertgrößten Wirtschaftsmacht der Welt so reagiert!

Mit welchen Mitteln kann dieser Zustand geändert werden?

Manchmal fragen mich Leute: Würde es nicht genügen, den Kapitalismus zu reformieren, zu zivilisieren, menschlicher zu machen? Aber das kann man nicht!

„Sein Enkelbuch ist ein authentisches Zeugnis eines von keinerlei Ernüchterung getrüben linken Denkens.“

NZZ am Sonntag (28. April 2019)

Wir müssen ihn zerstören, bevor er uns zerstört, aber reformieren, das funktioniert nicht. Das zeigt die Geschichte. Die Sklavengesellschaft konnte man auch nicht reformieren – entweder ist ein Mensch ein Mensch, oder er ist eine Sache. Wie hätte man die Sklaverei, den Kolonialismus reformieren sollen – etwas weniger plündern oder wie? Entweder gibt es Souveränität und Unabhängigkeit eines Volkes, oder es ist kolonialisiert. Beides gibt es nicht.

Heute gehen junge Menschen weltweit auf die Straße im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung. Was sagt uns das?

Ich glaube, das sagt uns etwas über die repräsentative Demokratie. Also jenes System, in welcher man seine Stimme alle vier Jahre an eine politische Klasse abgibt. Diese repräsentative Demokratie ist am Ende. Das wissen die Kinder, wenn sie sagen: „Wir gehen auf

die Straße! Wir delegieren nicht! Und wir verlangen von unseren Regierungen, dass sie diesen Planeten vor einer absoluten Katastrophe behüten!“ Das ist ein Zeichen, dass derzeit ein neues historisches Subjekt entsteht – das nenne ich die planetarische Zivilgesellschaft. Das ist ein Zusammenschluss von sozialen Bewegungen, die an ganz verschiedenen Fronten gegen die kannibalische Weltordnung kämpfen – jenseits des Staates. Die Welt-diktatur des Finanzkapitals ist stärker als alle Staaten. Ich gebe Ihnen eine Statistik der Weltbank aus dem letzten Jahr: Die 500 größten transkontinentalen Privatkonzerne haben 52,8 Prozent des Weltbruttosozialproduktes kontrolliert, also alle in einem Jahr auf der Welt produzierten Reichtümer. Die haben eine Macht, wie sie nie ein Kaiser, ein König oder ein Papst gehabt hat. Die haben eine unglaubliche Kreativkraft, aber sie funktionieren nur nach einem einzigen Prinzip: der Profitmaximierung, in kürzester Zeit, zu jedem menschlichen Preis. Diese Welt-diktatur muss gebrochen werden – bevor sie uns zerstört!

Das Interview führte Johannes Greß.

Quelle: Tageszeitung „junge Welt“, 15. Mai 2019



Foto: Harald Bischoff, wikimedia.org

Jean Ziegler beim „Gipfel der Alternativen“ 2015 in München

Jean Ziegler ist unter anderem bekannt als Autor, emeritierter Soziologieprofessor und ehemaliger UN-Sonderbericht-ersteller für das Recht auf Nahrung

Videotipp: Begegnung mit Jean Ziegler. Anfang April lud das Karl Renner Institut gemeinsam mit der SPÖ Hietzing den berühmten Schweizer Soziologen und Globalisierungskritiker Jean Ziegler nach Wien. <https://www.youtube.com/watch?v=W0kxomdJETc>

JEAN ZIEGLER

WAS IST SO SCHLIMM AM KAPITALISMUS

Antworten auf die Fragen meiner Enkelin

C. Bertelsmann

Jean Ziegler: Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin. C. Bertelsmann, München 2019, 128 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 15,00 Euro, ISBN: 978-3-570-10370-8

Veranstaltungstermine der LINKEN

■ 7.–10. Juni, Friedland, Klingemühle
***Bedarfhalt Kommunismus* – Pfingstcamp 2019**
 Der Kommunismus folgt keinen Fahrplänen, er kommt nur, wenn wir Stopp sagen und beginnen, unser Zusammenleben selbst zu gestalten. Auf dem Pfingstcamp 2019 wollen wir daher vier Tage so leben, wie es uns gefällt: Ob wir Lust haben, in Workshops und Lesungen über die befreite Gesellschaft zu diskutieren, entspannt bei Sonnenschein am See abzuhängen, am Lagerfeuer utopische Pläne zu schmieden oder rauschende Partys und Konzerte zu feiern: Probieren wir das gute Leben doch einfach mal aus! Mit einer Mischung aus Politik, Entspannung, Voneinanderlernen und Miteinandersitzen entsteht endlich eine Vorstellung vom besseren Leben. Organisiert wird das Pfingstcamp jedes Jahr von der linksjugend [solid] Berlin, der linksjugend [solid] Brandenburg und den Falken Brandenburg.

Info & Anmeldung: www.linkspringstcamp.de

■ 7.–10. Juni, Rheinsberg, Ferienland Luhme
Pfingsten mit Linken 2019
 Seit fast drei Jahrzehnten treffen sich Freunde und Mitglieder der LINKEN zu Pfingsten, um mit ihren Familien ein paar unbeschwerte Tage mit Kultur, Sport und Politik zu verbringen.

Info & Anmeldung: www.pfingstgesellschaft.com

■ 15. Juni, 10 Uhr, Schönefeld bei Berlin, Hans-Grade-Allee 5 (Holiday Inn Berlin Airport Conference Centre)
2. Tagung des 6. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg
 siehe auch „Widerspruch“ 6/2019, Seite 7

■ 22. Juni, 10 Uhr, Potsdam, Landtag Brandenburg
6. Mandatsträger*innen-Treffen der LINKEN
 Alle Kommunalpolitiker*innen, die sich für linke Positionen in den Kreisen, Städten und Gemeinden Brandenburgs engagieren, sind eingeladen.

Info & Anmeldung: www.dielinke-brandenburg.de

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
 Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
 Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
 E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
 geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
 Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
 Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
 Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
 Telefon: (0 33 66) 2 02 02
 E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
 geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
 Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
 Telefon: (0 33 64) 4 42 51
 E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
 geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de



22. Juni • ab 11 Uhr • Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz

Unter dem Dach des „Fest der Linken“ finden Veranstaltungen von der Partei DIE LINKE, der Bundestagsfraktion DIE LINKE, der Delegation DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, der Europäischen Linken (EL) und DIE LINKE. Landesverband Berlin, linksjugend Solid, Cuba Si und der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Aus dem Programm: Europa nach der Wahl • Wie holt man sich die Stadt zurück? • Don't Fuck With Our Climate • Recht auf Wohnen • „Emanzipiert und stark. Frauen aus der DDR“ • Ben & Matze (Ohrbooten) • Lesung mit Gesine Lötzsch • Dietmar Bartsch im Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn • Maïke Rosa Vogel • Super Sexy Bingo • Andrej Hermlin and his SWING DANCE BAND • Graffiti-Stylebattle? Merkste Selba! • Führung durch die Historie des Karl-Liebknecht-Hauses (13 & 15 Uhr) • Kubanisches Hoffest (Cuba Si) • Björn Harras

Weitere Informationen im Internet unter:

www.fest-der-linken.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 4. 6. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
 Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Juni/Juli 2019

■ UAG3: Gewährleistung und 6. 6., 16.00 Uhr, genauen Ort bitte in der Optimierung der Grundversorgung Kreisverwaltung erfragen

Tagsordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

25. 6., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
 Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
 Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
 „WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Großer Erfolg für kleine Patienten

Gelebte Solidarität: Klinikum Chemnitz gGmbH und das Berufsförderungswerk Chemnitz spenden für Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna und Cuba Sí-Agrarprojekte

Eine große Geste der Solidarität aus Chemnitz wird die kleinen Patienten der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna bald erreichen: Mitte Februar holten Cuba Sí-Aktivistinnen und -Aktivisten aus Berlin wertvolle Sachspenden aus der sächsischen Stadt ab. Konkret handelte es sich dabei um 17 Säuglingsbetten, acht Patientenmonitore und einen Defibrillator, die das Klinikum Chemnitz gGmbH bereitgestellt hatte.

Das Berufsförderungswerk Chemnitz spendete die große Menge von 60 Fahrrädern, die Cuba Sí in einem Sachspendencontainer Ende Mai 2019 im Rahmen seiner Projektzusammenarbeit an die unterstützten Agrarbetriebe in Kuba senden wird. Fahrräder sind in den ländlichen Gebieten Kubas ein wichtiges Fortbewegungs- und Transportmittel.

Cuba Sí sagt den Spendern ein herzliches Dankeschön für die überwältigende Solidarität und die großzügige Unterstützung!

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna erblicken jährlich rund 4000 Kinder das Licht der Welt. Die Intensivstation der Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute deshalb veraltet oder defekt.

Die empfangenen Sachspenden sind eine großartige Hilfe für die Cuba Sí-Aktion zur Unterstützung der Klinik „Ramón Gonzáles Coro“. Mit finanziellen Spenden will Cuba Sí außerdem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren bereitstellen. Bitte unterstützt unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

(Siehe auch im „Widerspruch“ 12-2018/1-2019 Seite 15)

Sonderspendenkonto
beim Parteivorstand
DIE LINKE/Cuba Sí

IBAN: DE06 1005
0000 0013 2222 10

BIC/SWIFT-Code:
BELADEBEXX

Verwendungszweck:
Kuba muss überleben/KRH2019

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí im Internet unter:
www.cuba-si.org

Zucker-Kasten



Die Alten und die Jungen Theodor Fontane

„Unverständlich sind uns die Jungen“,
wird von den Alten beständig gesungen;
meinerseits möchte ich's damit halten:
„Unverständlich sind mir die Alten.“
Dieses Am-Ruder-bleiben-Wollen
In allen Stücken und allen Rollen,
dieses Sich-unentbehrlich-Vermeinen
samt ihrer „Augen stillem Weinen“,
als wäre der Welt ein Weh getan –
ach, ich kann es nicht verstahn.
Ob unsere Jungen, in ihrem Erdreisten,
wirklich was Besseres schaffen und leisten,
ob dem Parnasse sie näher gekommen
oder bloß einen Maukwurfshügel erklimmen,
ob sie mit anderen Neusittenverfechtern,
die Menschheit bessern oder verschlechtern,
ob sie Frieden sä'n oder Sturm entfachen,
ob sie Himmel oder Hölle machen –
eins läßt sie stehn auf siegreichem Grunde:
sie haben den Tag, sie haben die Stunde;
der Mohr kann gehen, neu Spiel hebt an,
sie beherrschen die Szene, sie sind dran.

Das Gedicht wurde zum Internationalen Kindertag von Gertrud Zucker ausgewählt.

von
Franziska Schneider
Erkner

Ich bewerbe mich um das Direktmandat im Wahlkreis 31

Beweisen, statt zu glauben

Die soziale Frage politisch und medial neu stellen sowie beantworten

Aufgewachsen bin ich in Erkner und bis heute fest davon überzeugt, dass ich gar keine andere Wahl hatte, als 'ne rote Socke zu werden. Familiär bedingt, aber auch, weil die Erfahrung meiner bisher 33 Lebensjahre mir nie etwas andere sagte, als dass die soziale Frage stets die wichtigste war und stets die wichtigste sein wird.

Nach dem Abschluss der Schule in Erkner und einem Jahr Freiwilligendienst in Polen begann ich ein fünfjähriges Universitätsstudium „Medien- und Kommunikationswissenschaft“ in Cottbus und Erlangen, das ich mit dem Master abschloss. Besonders das Leben in Erlangen war bedeutend für meine Entwicklung. Mir war wichtig, anderen Denkweisen und Überzeugungen eine Chance zu geben. Der bayerische Katholizismus und die evangelischen Franken haben meine linke Haltung jedoch bestärkt.

Freude gemacht hat mir die wissenschaftliche Arbeit. Zu beweisen, statt zu glauben, auszugehen von dem, was ist und nicht von dem, was irgendwer hineindeutet, das ist mir aus der Studienzeit geblieben. Seit einigen Jahren schreibe ich neben dem Beruf an meiner Doktorarbeit.

Zum Einstieg in das Berufsleben arbeitete ich als persönliche Referentin des damaligen

Brandenburger Landesjustizministers Dr. Volkmar Schöneburg. Später wurde ich stellvertretende Pressesprecherin des Justizministeriums. Derzeit bin ich als medienpolitische Referentin für die Linksfraktion im Landtag tätig. Als Wahlkreismitarbeiterin von Volkmar Schöneburg im Landkreis Oder-Spree beschäftige ich mich zudem mit den Problemen der Bürger.

Ich bin noch jung und sehe noch jünger aus, verstehe das Leben der älteren Generation wie das der jüngeren. Bei Wahlen ein gutes Ergebnis zu erzielen, ist nicht leichter geworden zuletzt. Wie schaffen wir es, in diesem Jahr trotzdem besser zu werden als wir 2014 waren? Indem wir die Probleme der älteren Menschen genauso ernst nehmen wie die der jüngeren, mit beiden eine Sprache finden.

Mein Ausgangspunkt ist dabei die Würde der Mitbürger unseres Landes. An dem hat sich alles zu orientieren.



Seit der Abwicklung der DDR wird der Sozialstaat immer mehr geschliffen. Denken wir nur an die Agenda 2010 und unseren damaligen Slogan „Hartz IV ist Armut per Gesetz“.

Linke Politik bedeutet:

- Sichern des Lebensunterhalts – auch für den Lebensabend
- Sichern der örtlichen Lebensmittel-Versorgung
- Sichern der ärztlichen Versorgung
- Unterstützung von gemeinschaftlichen Einrichtungen
- Eine Wohnung, in der nicht die ständige Angst nistet, vertrieben zu werden
- Klar ist auch: individueller Auto- und Lieferverkehr muss soweit wie möglich zugunsten anderer Verkehrsformen zurückgedrängt werden.

Die eigentlichen Probleme unserer Gesellschaft werden in Politik und Medien überlagert durch endlose Stellungnahmen zu Terrorismus, Kriminalität und Flüchtlingen.

Ich denke, wir müssen die soziale Frage politisch und medial wieder neu stellen – und beantworten!

Und wer mehr über meine Aktivitäten erfahren will, schaut hier:

[www.http://schneider-franziska.de](http://schneider-franziska.de)

Lesen gegen das Vergessen



v.l. Franziska Schneider, Dr. Elvira Strauß, Lothar Eysser;
Foto: Jürgen Strauß

Erkner-Rathaussaal, 10. Mai 2019:
Franziska Schneider, Kandidatin für die Stadtverordnetenversammlung und den Landtag Brandenburg 2019, las in diesem Jahr einen Brief von Rosa Luxemburg vor, den die 1919 ermordete kommunistische Politikerin im Jahr 1915 aus dem Gefängnis an ihre Freundin Luise Kautzky geschrieben hatte. „Die sprühende Intelligenz, die Lebensfreude und der Witz von Rosa kommen hier gut zur Geltung. Nahezubringen, dass auch die größten Geister menschliche Seiten haben, steigert die Freude daran, sich mit ihnen auseinanderzusetzen“, begründete die 33-jährige Erkneraner LINKE ihre Wahl.

Siehe auch: Widerspruch Seite 5 und <http://schneider-franziska.de/2019/05/10/das-lesen-gegen-das-vergessen-zu-einer-erkneraner-tradition-machen/#more-845>